

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

154 (1.4.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitens größte Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Verlag von Ferd. Ziegler & Co.
Chefredakteur: Albert Gerges.
Verantwortlich für den Inhalt: Albert Gerges.
Redaktion: Anton Rübner, Adolf Rübner, Robert Rübner, Carl Rübner, u. Gerd Rübner, Carl Rübner, u. Gerd Rübner, Carl Rübner, u. Gerd Rübner.

Bezugs-Preise:
A ohne Post, B mit Post.
A B
monatlich
Im Vorverkauf und in den Abteilungen abgeholt 1.50 1.70
In den Abteilungen abgeholt 1.60 1.80
Einwärts: bei Abholung am Postamt 1.37 1.58
Durch den Briefträger monatlich 1.61 1.82
Gesamtsumme 10 Wfr.

Nr. 154. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Dienstag den 1. April 1919. Telefon: Redaktion Nr. 808. 35. Jahrgang.

Aus dem bolschewistischen Ungarn.

Wien, 31. März. Ein aus Budapest hier eingetroffener holländischer Journalist, der, wie er selbst berichtet, in den letzten Jahren ein Revolutionär mitgemacht hat, berichtet in hellestem Entzücken über die Zustände des neuen Ungarn. Er sah in seinem Zimmer im Hotel „Angaria“, als eine Kommission, bestehend aus zwei Volkswehrleuten mit Bajonetten, der Köchin, dem Stubenmädchen, dem Zimmerkellner und einem Herrn im Gesellschaftsanzug bei ihm erschien, ihm mitteilte, daß das Hotel „Waldgut“ geworden sei, ihn nach dem Zimmerpreis fragte und diesen sofort um die Hälfte herabsetzte. Es gibt in den Restaurants jetzt nur die gleichen Speisenarten und Mittagessen nur zu 6, 9 und 12 Francs. Auf das bloße Angebot von Trinkgeld steht Zuschuß. Die Hausbesitzer sind wohl entsetzt, aber ihre Häuser werden geschützt und zu 5 Prozent verzinst bis zur Höhe von 36 Kronen, welche Summe das höchste Einkommen eines ungarischen Staatsbürgers bildet. Das Grundgesetz für geistige Arbeiter beträgt 18 000 Kronen. Der Grundlohn über 500 Tsch wird in Staatsbetrieb übernommen. Den Besitzern von geringeren Tsch wird empfohlen, sich zu Produktionsgenossenschaften bis zu 5000 Tsch zusammenzutun. Das wird ihnen aber nicht anferlet, jedoch nicht verheißt, daß sie andernfalls schwerlich Arbeiter bekommen würden.

Als Kriegsgefangene in die Hofburg zogen, um von dem Kriegskommissar die Erlaubnis zu einer fünfjährigen Wanderung von Budapest zu erbitten, wozu sie garantieren wollten, daß kein anderer Flüchtling dazwischen käme, erwiderte der Kommissar Garami, sie seien Dummköpfe, das ganze bürgerliche Vermögen sei jetzt Staatsbesitz, und wer sich an dem vergriffe, werde erschossen. Darauf zog die Deputation ab. Der Kopf des Journalisten mit einem Vermerk des Kommissars Bela Kun wurde im ganzen Lande respektiert.

Wenn also der gemäßigtere Bolschewismus, wie er sich jetzt in Ungarn gibt, nicht von einem radikaleren abgelöst wird, ist Ungarn ein kleines Paradies der ansehenden Vermögensgesellschaft, in dem niemand mehr Mangel leidet, der arbeiten will. Wir geben die Mitteilungen des holländischen, der langjährige Vertreter eines der größten holländischen Blätter ist, mit allem Vorbehalt wieder. Es stimmen wohl alle Angaben darin überein, daß in Budapest und im übrigen Lande Ruhe herrsche, aber andere Berichte behaupten, das sei nur die Folge der vollständigen Zerschlagung der eingeschleppten Bevölkerung. Die ungarische Regierung läßt übrigens ausländische Berichterstatter zum Besuche des Landes ein. (Fr. Sta.)

Wien, 31. März. (Ungarisches Korrespondenz.) Sämtliche Erziehungs- und Unterrichtsanstalten wurden, wie gemeldet, in den Besitz der Allgemeinheit übernommen. Die Räterepublik beschäftigt zur Förderung der Ausbildung der Arbeiterklasse großer angelegte Unterricht- und Erziehungsanstalten als jede bisherige. Sie übernimmt die Angestellten der nicht-staatlichen Lehranstalten in ihre Dienste. Kirchliche Personen müssen weltlich werden. Später werden alle Lehrkräfte die Prüfung über ihre sozialen Kenntnisse abzugeben haben. Die Arbeiter-Universitäten und Mittelschulen werden zur Verbreitung der sozialistischen Lehre organisiert.

Karolji.

Wien, 31. März. Der gemeinsame Präsident der demokratischen ungarischen Republik, Graf Karolji, der aus Ungarn geflüchtet war und sich Samstag in Wien aufhielt, wurde hier von einem jungen Grafen Salim, welcher sich vielfach monarchistisch betätigt, mit dem Rufe: „Das hast Du für die Schwefelkugel“, auf der Straße gestreift und ihm den Hut vom Kopfe geschnitten. Graf Karolji war es, auf dessen Rat die ungarischen Regimenter an der italienischen Front Ende Oktober die Waffen niedergelegt und so die Front für die Italiener geöffnet hatten. Graf Karolji, der angeblich, um in die Schweiz zu flüchten, hier Geld abgeben wollte, hat Wien am gestrigen Tage verlassen. (Fr. Sta.)

Die Propaganda für den Freistaat Württemberg-Baden.

Mannheim, 31. März. In leitender Stelle steht sich das Mitglied der Nationalversammlung Oscar Geß in der „Mannheimer Volksstimme“ für eine Vereinigung von Baden und Württemberg ein. Bei einigermaßen genauem Zusehen scheint ihm die Notwendigkeit des Zusammenenschlusses geradezu auf der Hand zu liegen. Die nahe Verwandtschaft der Volkstämme der beiden Länder, ihre engen wirtschaftlichen Beziehungen, die Gemeinsamkeit ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Interessen, die Ökonomie der Staatsverwaltung und hundert andere Dinge prägen ohne weiteres für die Vereinigungs-Idee. Geß wundert sich, daß die bedeutungsvolle Kundgebung der Versammlung in der Sitzung der verfassunggebenden württembergischen Versammlung vom 1. Februar bei den maßgebenden Stellen Badens bisher ohne jedes Echo geblieben ist, und fährt dann fort:

„Eine eingehende Besprechung, die sich in dieser Frage Mitte Februar dieses Jahres zu Weimar mit den Führern der beiden größten Parteien Württembergs, dem Abg. Reil von unserer sozialdemokratischen Partei und Konrad Dausmann von der Deutschen Demokratischen Partei hatte, überzeugte mich davon, daß es lediglich die Schuld von uns Badenern ist, wenn der prächtige Gedanke des Zusammenenschlusses der beiden Länder bisher noch keine greifbare Gestalt angenommen hat. Was wir aber dergestalt in Baden bisher veräußert haben, das sollte meines Erachtens jetzt mit Laute und Beifall begrüßt nachgeholt werden.“

„In einer unerbittlichen Besprechung von 18 badischen und württembergischen Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung, die am besten Freitag zu Weimar stattfand, sprachen sich 12 Württembergische (Vertreter aller Fraktionen) einmütig, die sechs Badener mit Ausnahme des Vertreters der Deutsch-Nationalen, gleichfalls sämtlich für die Vereinigung aus. Damit wäre der Werdegang für den Vereinigungsgedanken ein fester Boden gegeben. Jetzt gilt es, diesem Gedanken den freien Volkswillen in Stadt und Land vorzulegen und ihnen im einzelnen die Tatsachen, die für ihn sprechen, des näheren auseinanderzusetzen. Die sozialdemokratische Partei wird dabei, so hoffe ich, mit an erster Stelle marschieren.“

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die französischen älteren Jahrgänge.

Paris, 31. März. (Durch Funkdruck.) Frankreich hält noch 13 Jahrgänge (1907—1919) unter den Waffen, in einer Stärke von ca. 2 Millionen Mann. Da nur die Cadres bis 1919 im Lande selbst bleiben, wendet sich der „Populaire“ scharf gegen die Regierung, die die kräftigsten und blühendsten Männer der Nation noch länger ihrer Bestimmung in der Produktion entziehe. Eine besondere Härte geißelt das Sozialistenblatt in dem Umstande, daß die bei Ausbruch des Krieges aktiven Soldaten nach 8½jähriger Dienstzeit immer noch im Geiselsland verbleiben müssen.

Die Verschlechterung der Völkerbundsidee.

Zürich, 31. März. (Privattele.) Die Turiner „Stampa“ läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie die revidierte Form der Völkerbundsvereinbarung als eine Verschlechterung betrachte. Die ursprünglichen Ideen Wilsons scheinen ihr darin nicht verwirklicht zu sein. Das Blatt tröstet sich mit der Hoffnung, daß später aus diesem unvollkommenen Werk etwas Besseres geschaffen werde.

Der französische Annexionsismus.

Bern, 1. April. Da über die Arbeiten der Finanzkommission nichts Neues bekannt geworden ist, greift die französische Presse mit Nachdruck auf die französischen Forderungen zurück, die mit aller Macht durchgesetzt werden müssen. Das „Journal“ glaubt feststellen zu müssen, daß man in der Frage der polnisch-deutschen Grenze das Nationalitätsprinzip nicht beachte, es sei daher nicht mehr als recht und billig, wenn man in Fragen des Saarbeckens auch so verfahren, dessen Annexion das Blatt nach wie vor fordert. „Echo de Paris“ tritt für ein Bündnis zwischen Frankreich, England und Amerika auch nach dem Kriege ein. Frankreich habe infolge seiner großen Opfer ein Anrecht darauf, auch nach dem Kriege von seinen Bundesgenossen unterstützt zu werden.

II. Basel, 1. April. Aus authentischer Quelle verlautet, daß die französischen Annexionisten den gegenwärtigen Westzug des Rheinufers für die geeignetste Gelegenheit halten, Deutschland definitiv zu unterwerfen und deshalb nach einem Vorwand suchen, um Wilsons Vermittlung abzuwehren und mit den Engländern gemeinsam den Exekutionsvormarsch anzutreten. Wilson drohte bereits mit seiner Rückkehr nach Amerika und Zurückziehung der amerikanischen Truppen. Die französischen Generale reizen jedoch Clemenceau, in jeder Beziehung hart zu bleiben.

Wilson besteht auf der Annahme seiner 14 Punkte.

Sch. Berlin, 1. April. (Privattele.) „B. Z.“ am Mittag zufolge meldet „Daily Telegraph“, daß Amerika mit dem Austritt aus der Konferenz drohte, wenn die Wilsonschen Forderungen nicht respektlos angenommen würden.

Aufhebung der Blockade?

Sch. Rotterdam, 1. April. (Privattele.) Der „Temps“ meldet, daß die Friedenskonferenz mit Deutschland, nach einer Erklärung des französischen Handelsministers im Finanzausschuß der Kammer, die Aufhebung der Blockade in ihrem vollen Umfange bringen werde.

Neuverteilung der englischen Flotte.

Haag, 31. März. Wie Reuters laut „Fr. St.“ aus London von besugter Seite meldet, wird eine neue Flottenverteilung besart stattfinden, daß im westlichen Teile des Atlantischen Ozeans eine Verstärkung der britischen Seemacht eintritt. (Gegen die Vereinigten Staaten?)

Eine englische Zeitung in Köln.

Köln, 31. März. Heute wurde hier die erste Nummer der jetzt an täglich in Köln erscheinenden englischen Zeitung „The Cologne Post“ ausgegeben. Die Redaktion der Zeitung wird von Offizieren der zweiten englischen Armee ausgeführt. Das Blatt meldet, daß Sir Douglas Haig in Kürze den Oberbefehl niederlegen werde.

Für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Berlin, 29. März. Der „Volkswacht“ zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ hatte für den 22. und 23. März nach Bad Godesheim eine Vertreterversammlung seiner Landes- und Ortsgruppen einberufen. Die Versammlung war von etwa 200 Delegierten, 2 Vertretern der Reichszentrale, 1 Vertreter des Kriegsministeriums, zahlreichen Abgeordneten des Roten Kreuzes, der Kriegsgefangenenhilfe und anderer Fürsorgeverbände besetzt. Nach Festsetzung des Tagesordnungs- und Tätigkeitsberichts leitete der Bundesleiter, wurden die folgenden, an die Reichsregierung weiterzuführenden Beschlüsse gefaßt:

1. Keinen Abschluß des Vorfriedens ohne Rückgabe der Gefangenen.
 2. Verbot öffentlicher Lustbarkeiten bis zum Friedensschluß.
 3. Nachzahlung der Gehaltsrückstände an die Kriegsgefangenen für die Zeit ihrer Gefangenschaft.
 4. Offenhalten von Stellen für die Zurückkehrenden in der neu-zubildenden Reichswehr.
 5. Die mit dem Privatvertrag während des Krieges bei den Auslastungen tätig gewesen Deutschen als Seeresangehörige mit dem Anspruch auf Nachzahlung von Gehältern und Löhnen anzuerkennen.
 6. Bereitstellung von Geldmitteln seitens der Regierung zum Empfang der zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen.
 7. Antrag auf öffentliche Ausbarkeiten, einen noch näher zu bestimmenden Sonntag als allgemeinen Gedenktag für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu erklären.
- Außerdem beschloß der Vertretertag bei der im Auftrag der Reichszentrale von dem „Hilfswerk für Kriegs- und Zivilgefangene“ vom 3. bis 10. Mai zu veranstaltenden Opferwoche, an den Vorbereitungen zum Empfang der Gefangenen, sowie für deren Fürsorge in engerer Mitarbeit mit den bestehenden Fürsorgeverbänden teilzunehmen.

Die Forderungen der Juden.

Berlin, 31. März. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand heute vormittag eine Sitzung zur Beratung der jüdischen Frage bei den Friedensverhandlungen statt. Die Sachverständigenkommission für jüdische Angelegenheiten schlug folgende Forderung vor:

Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden und des Judentums in allen Ländern der Welt, also auch Befreiung aller Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die Beschränkungen lediglich für die Juden enthalten. Ferner Forderungen über nationale und kulturelle Autonomie in den neugebildeten Staaten in dem Umfange, den die Mehrheit der dortigen Juden fordert, sowie Befreiung solcher politischen, administrativen und ökonomischen Bedingungen für Palästina, das keine Entwicklung zu einem von der gesamten Judentheit getragenen autonomen Gemeinwesen (Commonwealth) gestattet wird.

Ferner wurde unter lebhaftem Beifall eine Entschädigung zum Programmposten durch die betreffenden Staaten verlangt, endlich die Einsetzung eines internationalen Ausschusses mit der Aufgabe, darüber zu machen, daß die Grundsätze und Beschlüsse der Friedenskonferenz hinsichtlich der Juden durchgeführt werden. — In die Vorlesung der Forderungen schloß sich eine allgemeine Diskussion an, an der auch die Vertreter der Regierung sich lebhaft beteiligten.

Zur Lage in Armenien.

Zürich, 1. April. (Privattele.) „Secolo“ meldet: Helms, der offizielle Agent der amerikanischen Hilfsaktion in Konstantinopel, drückt von Eritas aus folgenden Bericht über die Lage in Armenien: „Nirgends ist Brot zu finden, 45 000 Personen in Erivan haben nichts zu essen. Die Spitäler und die Truppen in Erivan befinden sich in schrecklichster Lage. Kein Hund, keine Katze, kein Kameel oder Pferd oder ein anderes Lebewesen ist in der Umgegend zu finden. Ich habe gesehen, wie Frauen mit den Händen das Fleisch von einem Pferde-Tabaker rissen. Noch eine Woche und 10 000 Menschenleben sind verloren; um Himmelswillen, eilt!“

Eine neue Fälschung der Entente.

Berlin, 31. März. Am „Freien Verlag“ in Bern ist eine Broschüre „Die deutsch-bolschewistische Verschwörung“ erschienen. 70 Dokumente über die Beziehungen der Bolschewisten zur deutschen Presse, der Grafenkurie und der Finanzwelt, einer Anzahl photo-graphischer Reproduktionen, herausgegeben vom Comité for public information; United States of America.

Die Broschüre, die angeblich Dokumente an das Reich fördert, die sowohl den Generalstab wie die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, die Reichsbank und die Deutsche Bank vor aller Welt als Mit-verschwörer der Bolschewistik belassen sollen, ist weiter nichts als eine ebenso gewissenlose wie sinnlose Fälschung. Eine gemeinsame Untersuchung der Dokumente durch die betreffenden angegriffenen deutschen Behörden und Bankinstanzen hat dies völlig klar gelegt. Die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, der Generalstab, die Reichsbank und die Deutsche Bank erheben gegen diese historische Fälschung, die unter Mißbrauch ihres Namens schwerfälligt worden ist, Protest. Selbstverständlich sind auch die sogenannten Dokumente nichts anderes als gemeine Fälschungen.

In diesen „Dokumenten“ wird der Name Scheidemann zweimal genannt: Einmal in dem Dokument Nr. 4, einmal in dem Dokument Nr. 67. Scheidemann erklärt, daß der Brief vom ersten bis zum letzten Wort gefälscht ist, daß sämtliche Vorgänge, mit denen er in beiden Dokumenten in Verbindung gebracht wird, ihm völlig unbekannt sind und daß er mit einer deutsch-bolschewistischen Verschwörung nie das Geringste zu tun hatte. Wenn alle 70 Dokumente der Wahrheit so unbedingt widersprechen, wie die zwei, welche der Berjona Scheidemanns Erwägung tun, so ist die ganze Veröffentlichung gänzlich wertlos.

Um Danzig.

Der Fehler des General Rubant.

Haag, 31. März. Einer Londoner Meldung des „News“ Rotterdamische Courant“ zufolge meldet „Daily Chronicle“ aus Paris vom Sonntag: Jetzt, wo sich die Beratungen des Völkerbundes über die polnischen Angelegenheiten ihrem Ende nähern, hängt eine Wolke über den Erörterungen infolge des Mißverständnisses von Danzig und des Fehlers, den General Rubant begangen zu haben scheint, als er den Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages dahin auslegte, daß eine Abziehung der polnischen Truppen unter General Haller dem Durchzug durch Danzig zu gestatten, als ein Zweck des Waffenstillstandes bezeichnet werden müßte. Im Völkerbunde ist man zu der Ansicht gekommen, daß es gefährlich wäre, wenn man auf diese Weise den Korridor eröffnete und 2 Millionen Deutsche von ihrem Land trennte. Es wird alle Mühe angewendet, um diese Schwierigkeiten zu lösen. (Fr. St.)

Foch besteht auf der Danziger Bandung.

Sch. Rotterdam, 1. April. (Privattele.) „Times“ melden aus Paris: Marschall Foch besteht auf dem Transport der alliierten Truppen über Danzig.

Wilson gegen die Bandung in Danzig.

Bern, 1. April. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ vom 31. März teilt mit, daß Wilson die Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Danziger Frage voll anerkennt. Die Truppen würden daher in anderen Häfen landen.

Ententevertreter in Danzig.

Sch. Danzig, 1. April. (Privattele.) In Danzig sind Ententevertreter eingetroffen. Wie verlautet, haben sie die Aufgabe, für die demnächst eintreffenden Offiziere der Entente Quartiere zu besorgen.

Die Geschehnisse im Reich.

Die Berliner Offiziersdemonstration.

Berlin, 1. April. Von einem Augenzeugen erfahren wir über die in den letzten Tagen in der Nationalversammlung und in der Tagespresse verschiedentlich besprochenen Vorgänge bei einem Demonstrationssitzung in Berlin am Sonntag, den 23. dS., folgendes: „Ich war gegen 1/2 Uhr mittags in dem Saalbau von Schinkels „Unter den Linden“ in Berlin. Von den oberen Balkonen sah ich zunächst einen größeren Zug, der sich unter Vorantragen einer schwarzen rot-goldenen Fahne die Linden herabbewegte und in die Wilhelmstraße einmündete.“

Krahe in der Richtung nach dem Reichstagspalais einbog. Es waren, wie man hörte, Personen, die gegen die Freigabe deutschen Gebiets an Polen demonstrierten. Etwa eine Vierteltunde später kam ein anderer größerer Demonstrationzug vom Brandenburger Tor herauf und bog, davon eine schwarz-weiß-rote Fahne und eine Musikkapelle, auch in die Wilhelmstraße Richtung Reichstagspalais ein. Dieser Zug, der ebenfalls gegen die polnischen Ansprüche demonstrierte, schloß sich an. Als die Spitze des Zuges bereits beim Reichstagspalais angekommen war, bemerkte man, daß ein Teil der Demonstranten, darunter Personen aus allen Bevölkerungsschichten, etwa das letzte Drittel des Zuges, etwas zurückblieb und jemand unter Hüteschildern und Hurraufen jubelte. Was los war, konnte man nicht erkennen. Nach kurzer Zeit — etwa nach 3 Minuten — schlossen sich die Zurückgebliebenen dem vorderen Teile des Zuges wieder an und stellten sich mit vor dem Reichstagspalais auf. Man hörte, General Ludendorff sei in Zivil vorbeigegangen, aber erkannt und begrüßt worden. Das war der harmlose Vorgang, dem hernach zu meinem großen Erstaunen besondere politische Bedeutung beigelegt wurde, bei dem man als Unbeteiligter aber durchaus den Eindruck hatte, daß es sich um eine rein zufällige Begegnung und eine spontane Sympathieumgebung handelte.

Zur Schleswigischen Frage.

Kopenhagen, 31. März. (Durch Funkdruck.) In Kopenhagen weist augenblicklich eine Delegation der Flensburger Handelskammer, um die neuertretenden Wirtschaftsverhältnisse zu studieren. Wie der Führer der Abordnung, Kommerzienrat Hübsch, mitteilte, soll sich seit kurzer Zeit in Flensburg und der Umgebung ein allgemeines Bestreben nach einer Angliederung an Dänemark bemerkbar machen (?)

Tarifabschluß im Hochbaugewerbe.

W.B. Berlin, 31. März. Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Regierungsrats Dr. Stiller mehrtägige Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages für das Hochbaugewerbe stattgefunden. Sie haben nunmehr zu einer vollen Befriedigung geführt, deren endgültige Annahme den Verbänden vorbehalten wird. Die örtlichen Verhandlungen über die zur Durchführung des Reichstarifvertrages erforderlichen Arbeits- und Lohnsätze sollen sofort beginnen und noch im Monat April zu Ende geführt werden. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen im Tiefbaugewerbe werden am 15. April gleichfalls im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden.

Vom Reichseisenbahnwesen.

W.B. Berlin, 1. April. Staatsminister Hoff, der vor dem Posten als preussischer Eisenbahnminister zurückgetreten ist, bleibt Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen und führt als solcher die Verhandlungen zur Übernahme der deutschen Staatsbahnen durch das Reich.

Zum Siedelungswesen.

W.B. Weimar, 31. März. Bei der Beratung des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung über die Siedelungsordnung vom 29. Januar teilte Geheimrat Krause auf Anfrage mit, daß in Preußen Siedelungen für etwa 50.000 gewerbliche und industrielle Arbeiter in Frage kämen. Geheimrat Seiring erklärte, der Bauernschaft im Osten solle ungefähr die Hälfte zurückgegeben werden, die ihr im Laufe der Jahrhunderte entziffen worden sei.

Bayern und die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens.

München, 1. April. Der bayerische Landesbahnrat beschloß sich gestern mit der Frage der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen. In der Aussprache wandten sich alle Redner gegen die Vereinheitlichungspolitik bei der Abgabe der bayerischen Eisenbahnen. Verkehrsminister Heuendorfer betonte, daß Bayern bereit sei, den Vereinheitlichungsplan zu fassen, aber auf der Weimarer Grundlage für dies nicht möglich. Keinesfalls dürfe Bayern zur Abgabe seiner Bahnen gezwungen werden. Eine Vereinheitlichung der Eisenbahnen würde uns bald wieder die Erwerbung der Hegemonie Großpreußens bringen.

Zum Schluß nahm der Eisenbahnrat mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung an, in der er sich mit einem einseitigen Ausbau der deutschen Staatsbahnverwaltungen und mit einer Stärkung der Reichsaufsicht über die Reichseisenbahnen einverstanden erklärte und mit Entschiedenheit betonte, daß eine Übernahme der bayerischen Staatsbahnen auf das Reich nur im Wege des freien Verkehrs mit Zustimmung der bayerischen Volksvertretung stattfinden könne. Ferner erklärte er, daß er im gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der politischen und wirtschaftlichen Werten es für ungeeignet halte, die so weittragende Frage zu einem einseitig beschließenden Ausbaur zu bringen.

Drohender Generalstreik in Berlin?

Berlin, 1. April. (Privat-Tele.) In einer größeren Anzahl Berliner Fabrikbetriebe haben gestern die revolutionären Vertrauensleute zur Niederlegung der Arbeit für kommenden Montag aufgefordert. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Zusammenhang mit dem Generalstreik im Ruhrrevier sich für Berlin eine neue Generalstreikunternehmung der Spartakisten vorbereitet bzw. von neuem versucht werden soll.

Zur Haftentlassung Dürmigs.

W.B. Berlin, 1. April. Wie das „Abendblatt“ erzählt, hat sich eine Abordnung des Berliner Volkzugs-

rates, dem u. a. auch Richard Müller angehört, zu dem Untersuchungsrichter begeben und mitgeteilt, daß der Ausbruch des Generalstreikes unausschließlich erfolge, wenn Dürmig nicht innerhalb kurzer Zeit aus der Haft entlassen werde. Inzwischen ist Dürmig aus der Haft entlassen worden.

Zum Generalstreik im Ruhrgebiet.

Ausdehnung des Streiks im Ruhrgebiet.

W.B. Essen, 31. März. Der Bergarbeiterausstand hat eine weitere Ausdehnung angenommen. Im Bezirk Dortmund sind 20, in Witten 13 und in Bochum 11 Schachtanlagen ausständig. Im Bezirk Gelsenkirchen ist die Belegschaft der Zeche „Alma“, im Bezirk Recklinghausen die Belegschaft der Zeche „Friedrich der Große“ neu ausständig. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich in der gestrigen Morgen-, Mittag- und Abendschicht und in der heutigen Morgenschicht auf 52.000 gegen 33.200 gestern.

Dortmund, 1. April. (Privat-Tele.) Im Ruhrrevier waren bis heute früh Dreiviertel der Bechen stillgelegt. Von der Industriearbeiterschaft stehen etwa 50 Prozent im Streik. Der Generalstreik ist weit davon entfernt, ein vollständig zu sein. Dem Vernehmen nach sind die bereitgestellten Regierungstruppen für das Ruhrrevier eine Division stark.

Bochum, 1. April. (Privat-Tele.) Der Generalstreik im Ruhrrevier nimmt nicht den von den Spartakisten erwarteten Charakter an. Im Essener Bezirk liegen nur 20 Prozent der Bechen und Fabriken still. In Dortmund und Bochum sind die ersten Regierungstruppen eingetroffen und haben zunächst alle Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien in der Lage bannen im Witterer und Oberhauser Gebiet, wo die Spartakisten vor den Bechen und Depots mit Maschinenwahren aufgefahren sind.

Zum Stuttgarter Generalstreik.

Erklärung des Belagerungszustandes.

W.B. Stuttgart, 1. April. Die Regierung hat heute früh folgendes durch Maueranschlag bekannt gegeben:

„Wegen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird der Belagerungszustand für das Gebiet des Stadtbezirks Stuttgart, des Amtes Oberamt Stuttgart und der Oberämter Ehlingen, Cannstatt und Böblingen von der Staatsregierung erklärt. Im Einverständnis mit dem militärischen Befehlshaber werden mit sofortiger Wirkung folgende Anordnungen getroffen:

1. Alle Versammlungen, alle Menschenansammlungen auf Straßen und Plätzen sowie öffentliche Umzüge aller Art werden verboten.
2. Die Beschränkungen des Gesetzes betr. Verhaftungen, Beschlagnahme und Durchsuchungen sind aufgehoben.
3. Jede Verbreitung von Flugzetteln und Handzetteln ebenso der Vertrieb von Zeitungen auf Straßen und Plätzen ist nur mit Genehmigung der Regierung gestattet.
4. Die Polizeistunde wird auf abends 8 Uhr festgesetzt. Alle öffentlichen Lokale, Wirtschaften, Theater und Spielstätten sind um 8 Uhr zu schließen und dürfen vor morgens 9 Uhr nicht geöffnet werden. Der Straßenverkehr ist von 9 Uhr abends verboten.
5. Die Organe der Regierung sind ermächtigt, jeden zu verhaften, der es unternimmt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, oder den Bestand des Staates oder der Regierung zu gefährden.
6. Für das Gebiet des Belagerungszustandesgesetztes werden außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt, die im beschleunigten Verfahren alle Straftaten des Hoch- und Landesverrats, Aufruhr, Mord und Raubes, der Bänderung, der Befreiung von Gefangenen, der tätlichen Widerlegung, der Zerstörung von Eisenbahn und Telegraphen, des unbefugten Waffentragens oder Zuwiderhandlungen gegen die von der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote abzurteilen haben.

Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, ihren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Dadurch wird es möglich sein, den Belagerungszustand in kürzester Frist wieder aufzuheben.

Aus den besetzten deutschen Gebieten

Aus der Pfalz.

W.B. Kaiserslautern, 1. April. Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat sein Mandat als erster Adjunkt der Stadt Kaiserslautern niedergelegt.

W.B. Ludwigshafen, 1. April. Wie im Bereich der 10. französischen Armee sollen demnächst auch im Gebiete der 8. französischen Besatzungsarmee, die ihren Sitz in Landau hat, Bestimmungen betr. Berufsvereinfachungen erlassen werden.

W.B. Ludwigshafen, 1. April. Die pfälzische Kreisregierung hat bei Veranlassung der französischen Ueberwachungsbehörden sämtliche Schulleitende und Schulleitenden in der Pfalz aufgelöst. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind den Schulen bereits zugegangen.

Aus Böhmen.

Der tschechische Zudeverfluß?

Prag, 30. März. (Durch Funkdruck.) Die tschechischen Zudeverfluß richteten an die Regierung in Prag das Erluchen, eine

Erleichterung der Zudeverfuhr nach den Staaten der Entente zu erwirken, da mit Ende der Kampagne riesige Vorräte vorrätig seien.

Aus der Schweiz.

Kündigung der Niederlassungsverträge.

W.B. Bern, 1. April. „Journal de Geneve“ meldet, daß der Bundesrat in seiner Sitzung vom 31. März beschloffen hat, die Niederlassungsverträge mit Deutschland und Italien zu kündigen.

Frankreich.

Zur Freisprechung Villains.

W.B. Paris, 1. April. Das freisprechende Urteil im Prozeß gegen Villain, des Ministers Jaurès, empfinden die französischen Sozialisten als einen Faustschlag ins Gesicht. Es wird prophezeit, die Tage derjenigen, die das Urteil gefällt haben, seien gezählt. Für die „Revue“ ist das Urteil ein Ereignis, das wie kein anderes geeignet sei, die soziale Ordnung zu stören. Der „Homme Libre“, ein demokratisches Organ, hält das Urteil nicht nur für einen Irrtum, sondern auch für einen schweren politischen Fehler von ungeheurer Tragweite. Die sozialistische Partei werde das nie vergessen können. Mit ihrer Langmut sei es zu Ende.

Im übrigen kommt auch in der bürgerlichen Presse die Meinung zum Ausdruck, daß dieser Freispruch ernste Folgen haben werde. Selbst der „Temps“ meint, daß eine Beurteilung eigentlich selbstverständlich gewesen wäre. Aber, so fügt er hinzu, man müsse sich mit dem Freispruch abfinden. Auch der „Newport Herald“ nennt das Urteil unbegreiflich, zumal nach der Beurteilung des Attentäters Cottin, der auf Clemenceau geschossen hatte. Es sei nicht allein notwendig Cottin zu begnadigen, sondern auch eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher zu erlassen.

England.

Die englische Wehrpflichtbill angenommen.

W.B. London, 1. April. Unterhaus. Die Wehrpflichtbill wurde in dritter Lesung mit 282 gegen 64 Stimmen angenommen. Gegen die Bill stimmten die Mitglieder der Reichspartei und die unabhängigen Liberalen.

Briefkasten.

Frau M. S. hier: Wir vertiefen Sie wegen der Lebensversicherung der Commercial Union Straßburg auf unsere ausführliche Auskunft in Nr. 130 v. 18. III. 19. Ihre Welle ist in Kraft. (74)
H. W. Chemnitz: Das Betreten der neutralen Zone durch aktive Militärpersonen ist mit Genehmigung des Kommandeurs des Abschnittes der neutralen Zone (Kriegsbez. Sans-Dommatrahe 19) gestattet. Die Genehmigung wird anhand des erzielten Beschlusses, die Genehmigung wird anhand des Beschlusses des Kommandeurs bezw. Domänen soll zum Friedensschluß nach Anordnung der Regierung unterbleiben, insofern dessen kommt einwilligen für die dortige Gemeinde nur Recht des Wahlalters in Frage. (75)
G. Sch. in B.: Bei Sanitätsrat empfiehlt sich zunächst einmal ärztliche Untersuchung der Krankeitskurie und hernach sachkundige Behandlung mit Teeleiste und elektrischem Strom. Wenn gar nichts helfen will, mußte die dem Schicksal seinen Lauf lassen und sich mit den üblichen Trostworten besinnen. (76)
Sch. 100. 1. In die baltischen Freiwilligen-Battalione werden die Zahlänge von 23-36 Jahren eingezählt. Beim Grenzschutz ist eine Altersgrenze nicht gesetzt, jedoch muß der Betreffende Frontdienstverfahrung haben und während des Krieges einer kämpfenden Truppe angehört haben. 2. Bei Angehörigen eines verordneten aktiven Feldweibes kann, wenn Bedürfnis vorliegt, für die Witwe 8 A. und für jedes Kind 16 A. zum vollenb. 16. Lebensjahr 3 A. monatlich gewährt werden. (38)

Achtung

Freiwillige aller Waffen

sucht

Freikorps Sülzen

Berlin.

Die Freiwilligen stellen als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärverordnungsgehalte. Die Ansprüche auf Familien-Unterstützung laufen weiter und werden neu beantragt.

Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversorgung wie Dienst im aktiven Heere.

Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade; M. 5.— tägliche Zulage, freie Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung.

Bedingungen: Unbedingter Gehorsam, deutsche Gesinnung und Liebe zum Vaterland. 4153

Werbestelle: Durlach i. B.

Leopoldstr. 10, im Gebäude des Amtsgerichts

Rittmeister Banmeister.

Vermischtes.

W.B. Frankfurt a. M., 1. April. Der 27jährige Kaufmann Max Günther aus Magdeburg verlor gestern seine Frau durch einen Schuß in die Herzgegend und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Neue Feiern- und Ruhetage.

W.B. Dresden, 31. März. Die Sächsische Volkskammer nahm in der heutigen Nachmittags-Sitzung gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlichen Parteien einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen an, den 1. Mai und den 9. Nov. für gesetzliche Feiertage zu erklären. Ferner wurde folgender Zukunftsantrag angenommen: Die Regierung des Freistaates Sachsen möge bei der Regierung der deutschen Republik dahin wirken, daß der 1. Mai und 9. Novbr. als gesetzliche Ruhetage für das Gebiet der deutschen Republik festgelegt werden.

Zu den Unruhen in Frankfurt a. M.

F. U. Frankfurt a. M., 1. April. (Privat-Tele.) Die gestrigen Unruhen forderten, soweit bis jetzt festgestellt worden ist, 11 Tote, darunter 7 Plünderer und 4 Polizeibeamte, 7 Marine-Soldaten wurden schwer verletzt. Von den Plünderern wurden 20 sehr schwer verletzt ins Krankenhaus überführt. Unter den Toten befindet sich auch eine Frau.

Das Lebensmittel-Großgeschäft von Uehle & Baumgarten wurde ausgeplündert, wobei 200 Zentner Butter, 70.000 Eier und eine große Menge Fett in die Hände der Plünderer fiel. Ein Teil der gestohlenen Waren konnte denselben wieder abgenommen werden. Heute morgen wurden neue Plünderungsversuche unternommen, jedoch ohne Erfolg.

W.B. Frankfurt a. M., 31. März. Das bekannte Lebensmittelgeschäft von Schepeler am Hofmarkt wurde ausgeplündert. In den „Frankfurter Hof“ drang die Menge ein und raubte hier die erreichbaren Gegenstände und Lebensmittel.

An diesen Plünderungen beteiligten sich auch Leute aus den besten Kreisen. Die umfangreichen Beutekisten wurden gründlich mitgenommen. Bis jetzt wurden 300 Plünderer verhaftet und in der Kaserne interniert. Bei den Unruhen kam auch ein Hilfschuhmann ums Leben. Unter den zu Hilfe eilenden und dann entwaffneten Matrosen befand sich auch der Matrose Ködel, der sich erst am Sonntag verheiratet hatte. Er mußte vor der Menge fliehen, wurde aber an Main eingeholt und in den Fluß geworfen. Besonnenere Leute, die den Mann retten wollten, wurden von dem Mob mit dem Tode bedroht. Der Matrose ist ertrunken.

Scharfe Maßnahmen in Frankfurt a. M.

W.B. Frankfurt a. M., 1. April. Seitens des Polizeipräsidenten wurden scharfe Maßnahmen verfügt, um die um die Mittagsstunde ausgebrochenen Unruhen in keine zu ersticken. Es sind zahlreiche Truppen aufgestellt worden, die mit Handgranaten ausgerüstet die gefährdeten Stadtteile absperren. In der Gegend, wo sich das Untersuchungsgefängnis befindet, sind umfassende Maßnahmen getroffen worden, um weitere Gefangenendefectionen zu verhüten. Die Straßen sind von 7 Uhr abends ab für den Verkehr gesperrt. Theater, Konzerte, Cafés und Gastwirtschaften müssen bereits um 6 Uhr schließen. Um den Verkauf des in riesigem gestohlenen Gutes zu verhindern, wurde der Straßenhandel, der namentlich in der Altstadt blüht, verboten. Das Waffentragen wurde verboten. Wer unbefugterweise mit Waffen angetroffen wird, wird als Plünderer betrachtet und bestraft.

Neue Kämpfe.

W.B. Frankfurt a. M., 1. April. Nach einer verhältnismäßigen Ruhe während des Vormittags, machten sich heute Mittag nach 12 Uhr neue Ausschreitungen bemerkbar, die wiederum in der Altstadt ihren Anfang nahmen. In der Merseburgerstraße suchte der Mob in die Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzudringen, um zu plündern. Die gelamten zur Verfügung stehenden Streikkräfte rücken sofort nach, dort aus. Die Kämpfe sind zur Zeit im Gange.

Turnen, Spiel und Sport.

Karlsruhe, 1. April. Der „Badische Landestag für Körperpflege und Jugendberziehung“ versammelt morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr im großen Festsaal eine Werbewoche, auf welche wir an dieser Stelle nochmals aufmerksam machen. Die bewährten Karlsruher Turnvereine werden Anstrengungen am Reich, eine Schülerturntagung, Erhebungen und der Verein für Freizeitsport Damenturnen vorzuführen. Großes Interesse dürften die Vorführungen von Lichtbildern und besonders von Sportfilmen finden. Am 3. April, abends 8 Uhr findet eine Schülerwochenfeier bei freiem Eintritt statt.

(-) **Neberlingen, 1. April.** Im Auftrage des „Badischen Landestages für Körperpflege und Jugendberziehung“ hatte Aktuar Zweifler zu einer Versammlung im „Bach“ auf Freitag abend geladen. Vertreter der hiesigen sportlichen Vereine, der Vereinstschaft, der Geistlichkeit, der Schulen, der Behörden und der Presse waren erschienen. Aktuar Zweifler setzte den Anwesenden die Ziele des „Badischen Landestages für Körperpflege und Jugendberziehung“ auseinander. Die Richtlinien des Badischen Landestages verfolgen eine grundlegende Erneuerung für die körperliche Erziehung der heranwachsenden Jugend zum Zweck der körperlichen und somit auch geistigen Eräftigung der jungen Männer und Frauen unseres Vaterlandes und damit letzten Endes zur Wiedertüchtigung unseres Volkes in allen seinen Schichten. Um dem großen Ziele möglichst entgegenzutreten zu können, sollen sich sämtliche Vereine und Verbände, die der Körperpflege und Jugendberziehung dienen, unter Ausschluß jeglicher parteipolitischen und konfessioneller Bezüge und unter Wiedereinrichtung in Städte- und Bezirksvereine zum „Badischen Landestag für Körperpflege und Jugendberziehung“, über dem noch ein Reichsausschuß steht, zusammenschließen. Auch für Neberlingen wurde am Freitag abend ein vorläufiger Stadtausschuß gebildet. In den Ausschluß wurden gewählt: Sanitätsrat Gilly als Vorsitzender, Geometer König als Schriftführer und Vertreter des Fußballklubs, ferner: Benefiziar Braun als Vertreter des TSV, Jünglings- und Gefellensvereins, Wilhelm Klemm als Vertreter des Turnvereins, Rektor Better und Direktor Volk als Vertreter der Schule, Oberamtmann Wintermantel als Vertreter des Dachklubs, Bezirksleiter Dr. Berner als Vertreter der Vereinstschaft, Stadtbauamteiler Schellinger als Vertreter der Städte- und der Schriftleiter der beiden hiesigen Zeitungen als Vertreter der Presse.

